



Generationengerechtigkeit im Jahr 2022?

-

Vision des Jungen Wirtschaftsrates für Deutschland 2030

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Generationengerechtigkeit im Jahr 2022?

- soziale Gießkanne, Ausgabenexplosion und kritische digitale Infrastruktur!

Überzeugende politische Entscheidungen zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass sie nachfolgende Generationen nicht weiter belasten, sondern bestenfalls unterstützen. Sowohl die vergangenen Jahre als auch die Gegenwart zeigen allerdings, dass die Reaktionen auf krisengeprägte Zeiten (Klima, Corona, Krieg, Inflation etc.) wenig nachhaltig gedacht worden sind. Kurzfristige Maßnahmen, vermeintlich wohltätige „Entlastungspakete“ etc. dürfen nicht zum neuen Normal werden.

Kopfloses Handeln im Krisenmodus, unzulängliches Bildungssystem

Statt gezielter Entlastungen für Unternehmer und Arbeitnehmer beobachten wir starke Neuverschuldungen und vermeintliche Wohltatspakete. Infrastruktur und Netzausbau lassen stark zu wünschen übrig und verschlechtern die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Zudem werden viele Unternehmer das Gefühl nicht los, dass derjenige, der am lautesten schreit, die meiste Förderung und Unterstützung für sein Problem erhält. Der Wandel in unserem Bildungssystem läuft viel zu langsam. Zukunftstechnologien und Kompetenzaufbau in den Bereichen IT und KI finden kaum Berücksichtigung.

Vision Deutschland 2030!

- Wir fordern eine politische und soziale Grundbildung der Generationen Z und Alpha, die heute in den meisten Fällen gar nicht wissen, was sie werden stemmen müssen. Die Vermittlung des fundamentalen Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit eines Landes und seiner sozialen findet im schulischen Kontext nicht statt. Fraglich bleibt, wie Jugendliche auf diese Weise vorausschauend kluge Entscheidungen treffen können, um später noch ein Leben in Wohlstand leben können. Es beginnt damit, dass Jugendliche keine kostenfreien Praktika absolvieren dürfen. Der gesetzliche Mindestlohn sorgt dafür, dass viele junge Menschen davon abgehalten werden, wichtige erste Berufserfahrung zu sammeln, die sie zum Teil ihr Leben lang geprägt hätten. Wir fordern mindestens zwei Stunden pro Woche verpflichtenden, projektbasierten Unterricht an allen weiterführenden Schulen von Unternehmern und Entwicklern aus der Praxis, um Jugendlichen von Anfang an Einblicke in Unternehmertum und IT-Berufe zu geben.
- Wir sprechen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Dann bitte richtig! Wenn wir unternehmerische Selbstständigkeit stärken möchten, muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch bei Solo-Selbstständigen gefördert werden. Die Pflege von Familienmitgliedern findet ebenfalls keine Berücksichtigung, obwohl dies aufgrund des starken demografischen Wandels ganz offensichtlich ein Thema wird, das massiv an Bedeutung gewinnen wird.
- Wir fordern, dass Entscheidungen strategisch und vorausschauend getroffen werden und die Gießkannenförderung endlich gestoppt wird. Gefördert werden darf nur, was nachweislich sinnstiftend sein kann und seinen Zweck erfüllt hat. Dazu gehört auch die Incentivierung von in der Vergangenheit erfolgreichen Förderungen.

Kritische Infrastruktur, mangelnde Entbürokratisierung

Die Etablierung digitaler Geschäftsmodelle und deren Wettbewerbsfähigkeit leidet im internationalen Vergleich spürbar. Die digitale Transformation unserer Wirtschaft ist noch nicht mal auf halber Strecke angekommen, und die Politik tut zu wenig, um das zu ändern. Förderverfahren sind dokumentationsintensiv, umständlich und hochgradig bürokratisch. All das schmälert die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes im Allgemeinen und den Gründer- und Venture Capital-Standort im Besonderen. Der bürokratische Aufwand zur Gründung eines Unternehmens liegt in den USA um mehr als ein Drittel niedriger als in Deutschland.

Im direkten Vergleich mit vielen anderen Ländern dieser Welt steckt das Thema GovTech in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Jede Kommune versucht hier, ihr eigenes Süppchen zu kochen und das Rad neu zu erfinden. Deutschland verwaltet und hängt im Tagesgeschäft fest.

Vision Deutschland 2030!

- Wir fordern, dass wesentlich mehr außerpolitische Institutionen beauftragt werden, an Digitalthemen zu arbeiten und zu forschen („Think tanks“). Diese Think tanks gilt es zu unterstützen und die besten mit entsprechender finanzieller Förderung zu begleiten. Wir fordern eine bundesweite einheitliche Digitalstrategie, vor allem in wichtigen Fragen, die unser Grundgesetz betreffen. So sollte die Bestellung von Ausweisen in allen Bundesländern gleich und gleich einfach sein.
- Wir fordern mit Nachdruck endlich eine massive Entbürokratisierung von Verwaltung und Gesellschaft. Im Jahr 2022 muss eine Gründung per Mausklick eine Selbstverständlichkeit sein, Gründungsprozesse müssen massiv vereinfacht werden. Seit Jahren sprechen wir darüber, dass Deutschland hier einen legendären, wenig vorzeigbaren schlechten Platz im internationalen Vergleich besetzt. Das hat mit Zukunftsfähigkeit nichts zu tun.
- Dazu gehört auch, das Thema Datenschutz endlich wettbewerbsfähig auszugestalten. Daten sind das Öl der Dekade, gleichzeitig ist Datenschutz ein Thema der nationalen Sicherheit und genießt überragendes öffentliches Interesse. Wir fordern, dass die Verhältnismäßigkeit zwischen Datenschutz und Verwertungsinteressen gewährleistet wird, sodass u.a. Software auch hierzulande viel wettbewerbsfähiger entwickelt werden kann.
- Wir fordern, dass Anreize geschaffen werden, um dem Thema Fachkräftegewinnung endlich Herr zu werden. Gerade in den Bereichen IT und KI, den Zukunftskompetenzfeldern nicht von morgen, sondern schon heute, besteht extremer Nachholbedarf. Hier ist vor allem die neue Bundesregierung gefragt, die dringend das Einwanderungsgesetz für die gezielte Steuerung qualifizierter Zuwanderung weiter verbessern muss. Dabei muss sie sich auf diejenigen konzentrieren, die Deutschland auch voranbringen können und wollen.

Berlin, im September 2022